

CDU-Ausbildungsoffensive für die Jugend Deutschlands

„Eine unserer Prioritäten — ich füge hinzu: Im Bereich der Innenpolitik — ist auf die Zukunftschancen unserer jungen Generation in Bildung und Beruf gerichtet . . . Vorrangig müssen wir jetzt Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Größenordnung von mehr als 1 Million für die geburtenstarken Jahrgänge der 70er und 80er Jahre schaffen . . .

So will ich hier und heute von diesem Parteitag alle unsere Freunde draußen und auch uns alle hier im Saale aufrufen, zu einer Ausbildungsoffensive '77.

Wir wollen uns an alle wenden, die in der beruflichen Bildung Verantwortung tragen: Stellen Sie, wenn irgend möglich, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Wir haben im Bereich der Wirtschaft und des Handwerks in den letzten Monaten großartige Beispiele für eine staatspolitische Gesinnung erlebt, dennoch lassen Sie mich hier an alle, die noch nicht den entscheidenden Schritt getan haben, appellieren: Helfen wir gemeinsam der jungen Generation, dann helfen wir unserer eigenen Zukunft.“

(Helmut Kohl auf dem 25. Bundesparteitag der CDU vom 7. bis 9. März 1977.)

Noch im gleichen Monat führte die CDU gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 13. bis 16. März 1977 eine Fachtagung zur Jugendarbeitslosigkeit „Generation ohne Zukunft?“ durch. (Schwerpunkte: gesellschaftliche und berufliche Eingliederungsprobleme jugendlicher Arbeitsloser.)

Die CDU/CSU-Fraktion beschloß am 10. Mai 1977 ihr „Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche“. (Schwerpunkte: Korrekturen in der Berufsbildungspolitik, Abbau ausbildungshemmender Rechtsvorschriften, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur auch im Ausbildungssektor, stärkeres Engagement der öffentlichen Hand in der Berufsausbildung, Sondermaßnahmen für Behinderte und benachteiligte Jugendliche.)

Am 22. Juni 1977 führte die CDU ein Hearing zu den „Zukunftschancen der jungen Generation“ in Bonn mit Experten aller Bereiche durch, die zu der Bewältigung künftiger Probleme im Bereich der Jugendpolitik beitragen können. Schwerpunkte der Befragung waren: Probleme der Bevölkerungsentwicklung, der Erziehung und Bildung im Elternhaus, der Entwicklung des Arbeitsmarktes, des Zusammenhangs von Bildungs- und Beschäftigungssystem, die besonderen Probleme benachteiligter Jugendlicher und die Probleme der Hochschulausbildung.

Die Ergebnisse des Hearings und ihre sorgfältige Auswertung dienen der

Vorbereitung des CDU-Kongresses „Zukunftschancen der Jugend“ am 21./22. Oktober 1977 in Hamburg.

Die Beratungsergebnisse dieses Kongresses werden in ein CDU-Programm zu den Zukunftschancen der Jugend münden.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern, in denen die CDU in der Verantwortung steht.

BADEN-WÜRTTEMBERG:

Die Landesregierung veröffentlichte im März 1977 ihr Programm „Chancen der jungen Generation in Ausbildung und Beruf“. Nach dem Stand Juli 1977 kostet das „Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“, durch das Ausbildungsplätze gesichert, neue Arbeitsplätze geschaffen und arbeitslose Jugendliche auf den Beruf vorbereitet werden, für das Jahr 1977/78 60 Millionen DM. Hinzu kommen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1977/78 noch einmal 11 Millionen DM innerhalb der Weiterarbeit an dem 1976 eingeleiteten Programm zur Schaffung von insgesamt 141 Schul- bzw. Vollzeitklassen im beruflichen Schulwesen, 1977/78 die Bereitstellung von 1 000 Ausbildungsplätzen für verwaltungstypische Berufe, die eine Beschäftigungsmöglichkeit auch außerhalb des öffentlichen Dienstes eröffnen; die Appelle der Landesregierung, durch die bis Juli 1977 über 2 000 zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen werden konnten.

Die flankierenden Maßnahmen zu dem Sonderprogramm sehen neben der verstärkten Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten unter Ausbildungsbetrieben und der versuchsweisen Einführung einer Annahmekarte für Schulabgänger auch gezielte sozialpädagogische Betreuung zum Abbau psychischer und sozialer Defizite und zur Motivation Jugendlicher zur Berufsausbildung vor. Hierbei wird den Trägern zur vorbereitenden oder begleitenden pädagogischen Betreuung ein Zuschuß bis zu 70 % zu den notwendigen Personalkosten gewährt. Werden die Maßnahmen in Seminarform durchgeführt, wird den Trägern je Tag und Teilnehmer ein Zuschuß bis zu 40,— DM gewährt.

In seinen „Denkanstößen“ forderte der baden-württembergische Kultusminister Hahn ein „Solidaritätsoffer“ des öffentlichen Dienstes, das von der Vorverlegung des Renten- und Pensionsalters über Teilzeitarbeitsmöglichkeiten und Ergänzungsabgaben ab einer bestimmten Einkommensgrenze bis zur Senkung der Anfangsgehälter bei allen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes reicht.

NIEDERSACHSEN:

Im August 1977 erklärte der niedersächsische Kultusminister, Dr. Werner Remmers, daß das 25-Millionen-Programm der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das bereits im Haushalt 1976 für die Jahre 1976 und 1977 verabschiedet wurde, weitgehend abgeschlossen ist, aber 1978 eine Neuauflage mit wahrscheinlich größerem quantitativem Volumen erfahren wird. Im Rahmen

des Programms wird sowohl die Neuschaffung von Ausbildungsplätzen und die Minderung von Ausbildungs- und Beschäftigungsrisiken gefördert, als auch durch ein breit angelegtes Sozialprogramm die individuellen Hilfen für arbeitslose Jugendliche und auch z. B. die berufliche Rehabilitation jugendlicher Drogengefährdeter.

Ein besonderes Problemgebiet innerhalb Niedersachsens stellt Ostfriesland dar. Deswegen nimmt ab 1. August 1977 ein „Ostfriesland-Beauftragter“ — eine wohl einmalige Einrichtung seiner Art — seine Arbeit auf. Ähnlich einem „Ombudsmann“ soll er allen an der beruflichen Bildung Beteiligten zur Verfügung stehen und dafür sorgen, daß die Probleme intensiver, zügiger und erfolgreicher angegangen und gelöst werden.

RHEINLAND-PFALZ:

In seiner Regierungserklärung vom 24. März 1977 kündigte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, Maßnahmen der Landesregierung zur Abwendung der Jugendarbeitslosigkeit an und wiederholte gleichzeitig seinen Appell an alle Verantwortlichen in der Wirtschaft, auch in den kommenden Jahren für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Ausbildungsplätze Sorge zu tragen. Die Landesregierung versprach, ihr Bemühen auch weiterhin dafür einzusetzen, daß die Ausbildungsbetriebe nicht zusätzlich belastet werden.

Kernstück des 7-Punkte-Programms des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz vom 24. März 1977 ist die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Bereich des öffentlichen Dienstes, und zwar über die bereits bewilligten zusätzlichen 440 Stellen für Lehramtsanwärter hinaus 600 weitere Ausbildungsstellen.

Des weiteren gibt es im Rahmen der Maßnahmen des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr ein Teilprogramm „Lohnkostenzuschüsse“ (Gesamthöhe: 2,4 Millionen DM); ein Sonderprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und für Sonderschulabgänger, für dessen Zweck 1977 Landesmittel von insgesamt 2 Millionen DM bereitgestellt werden; 3 Millionen DM, die den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern für das Ausbildungsjahr 1977/78 über die bestehenden Förderungsmöglichkeiten hinaus zur Verfügung gestellt werden — für zusätzliche Ausbildungsberater ist ein Zuschuß von 25 000 DM pro Jahr vorgesehen; des weiteren gewährt das Land Zuschüsse zur Fortsetzung der Ausbildung für durch Konkurse freigesetzte Auszubildende von in der Regel 50 % der gesamten Ausbildungskosten für die restliche Ausbildungszeit.

Außerdem gibt es Sofortmaßnahmen zur Erweiterung des Bildungsangebots für Jugendliche ohne Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnis im Schuljahr 1977/78: Intensive Beratung der Jugendlichen und ein sozialpädagogisch flankierendes Programm zur Betreuung arbeitsloser Jugendlicher.

Eine „Annahmekarte für die Schulabgänger 1977“ soll Doppelbelegungen von Ausbildungsplätzen verhindern. Die bisherigen Erfahrungen damit sind insgesamt positiv. Auch werden Betriebsbefragungen zur Ermittlung des Ausbildungsplatzangebotes veranstaltet.

SAARLAND:

Im Saarland rechnet man bis 1980 mit einem Mehrbedarf von rund 900 Ausbildungsplätzen. Sollte eine Bereitstellung seitens der Wirtschaft nicht ohne Förderungsmaßnahmen möglich sein, so sollen seitens der Landesregierung Unterstützungsmaßnahmen eingeleitet werden. An dem Rahmenprogramm wird derzeit gearbeitet. Es sieht einen Förderungssatz von 60 % der Bruttoausbildungsvergütung (jeweils etwa 300,— DM) für jeden zusätzlichen Ausbildungsplatz vor (Mittelbedarf insgesamt 2,16 Millionen DM); die Überprüfung der Möglichkeit einer Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Bereich der Landesverwaltung; steuerliche Entlastungen der Ausbildungsbetriebe; Mittel im Bereich des Plans „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und weitere Finanzierungshilfen für Unternehmen, die Investitionen durchführen, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen (Die Investitionssumme soll im Einzelfall 30 000 DM nicht übersteigen). Auch ist an Zuschüsse zu Zinsverbilligungen von Kreditbeträgen gedacht und an eine Verbesserung der Kapitalstruktur von Unternehmen durch das Eingehen von stillen Beteiligungen (20 Millionen DM).

Des weiteren sollen zusätzliche Mittel für die Bereitstellung von Einsatzplätzen für das „freiwillige soziale Jahr“ und für die freien Träger der Jugendhilfe für ein sozialpädagogisches Sonderprogramm zur Verfügung gestellt werden.

SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Die Landesregierung hat ein Vierjahresprogramm zur Sicherung der Ausbildungschancen der Jugend bis 1981 mit einem Finanzvolumen von 300 Millionen DM beschlossen. Hiervon sollen gegenüber heute pro Jahrgang 6 000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, 1 000 zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche ohne Ausbildung nachgefragt und die Vollzeitplätze für eine berufliche Bildung um 2 800 gesteigert werden.

Auch im Landesbereich werden über den Bedarf hinaus Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt.

Bei der Vorlage des Programms appellierte Kultusminister Braun noch einmal an alle Partner der beruflichen Ausbildung, ihre vollen Beiträge zur Sicherung der Chancen der jungen Generation zu leisten, damit dieses Programm auch wirklich greife.

Von den 300 Millionen DM, die dieses Vierjahresprogramm kostet, entfallen auf Investitionen rund 165 Millionen DM und auf laufende Kosten rund 135 Millionen DM.